

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 09.Oktober 2026

Sophia Schiebe

Rahmenbedingungen für die Familienzentren verbessern

TOP 46: Bericht zur Situation und Arbeit der Familienzentren in Schleswig-Holstein (Drs. 20/4076)

Zunächst einmal vielen Dank für diesen ausführlichen Bericht. Denn er liefert uns nicht nur eine detaillierte Bestandsaufnahme, sondern benennt auch ziemlich offen, wo die Familienzentren an ihre Grenzen kommen.

Bei den finanziellen Rahmenbedingungen sind die Rückmeldungen eindeutig: 73,7 Prozent der befragten Familienzentren bewerten ihre finanzielle Ausstattung als hohe oder sehr hohe Belastung. 63,2 Prozent fehlt die Planungssicherheit über das Jahr 2028 hinaus. Mehr als die Hälfte nennt den bürokratischen Aufwand als hohe Belastung. Hinzu kommen zunehmende psychische Belastungen in den Familien und komplexere Beratungsbedarfe. Liebe Kolleg*innen, über diese Zahlen sollten wir nicht einfach hinweggehen.

Denn der Bericht sagt damit ziemlich deutlich: Die Familienzentren leisten viel, aber sie arbeiten an strukturellen Belastungsgrenzen.

Und an diesem Punkt reicht es nicht, wenn die Landesregierung diese Belastungsgrenzen in einem Bericht deutlich macht. Wer von so einem enormen Problem weiß, muss auch entsprechende Lösungen dafür finden.

Das deckt sich auch mit dem, was ich in Gesprächen mit den Familienzentren immer wieder höre.

Die Fachkräfte wollen Familien wirklich helfen und nachhaltig etwas bewirken. Sie wollen nicht nur ein Gespräch führen und dann an die nächste Stelle verweisen. Gerade wenn Problemlagen komplexer werden, wollen sie Familien begleiten, nachfragen können und Vertrauen aufbauen.

Aber dafür braucht es Zeit. Und diese Zeit reicht häufig nicht aus.

Deshalb finde ich bemerkenswert, wie klar der Bericht die Bedarfe zusammenfasst: verlässlichere Ressourcen und längere Planungshorizonte, eine Stärkung des Personals und weniger Verwaltungsaufwand.

Wenn wir wollen, dass Familienzentren Familien nachhaltig unterstützen, dann müssen wir ihnen auch die Bedingungen dafür geben. Und hier ist die Landesregierung gefordert, aus der eigenen Bestandsaufnahme konkrete Verbesserungen zu machen.

Mit dem Programm „Kita für Alle“ stehen nun zusätzliche Mittel zur Verfügung. Drei Millionen Euro jährlich können für zusätzliches Fachpersonal eingesetzt werden, unter anderem für aufsuchende Arbeit. Damit wird zugleich das Aufgabenportfolio der Familienzentren erweitert.

Wir werden uns deshalb anschauen müssen, was davon tatsächlich vor Ort ankommt und ob die zusätzlichen Ressourcen mit den zusätzlichen Anforderungen Schritt halten.

Mehr Aufgaben auf dem Papier sind noch keine bessere Unterstützung für Familien. Entscheidend ist, ob dafür vor Ort auch dauerhaft ausreichend Personal und Zeit vorhanden sind.

Der Bericht führt für mich aber noch zu einer grundsätzlicheren Frage:

Müssen wir gerade im sozialpolitischen Bereich auf neue Bedarfe eigentlich immer mit neuen Strukturen reagieren?

Wir haben bereits Strukturen wie die Familienzentren, die Familien erreichen. Wir haben Fachkräfte mit Erfahrung und Netzwerke, die über Jahre gewachsen sind.

Und genau darin liegt ein Potenzial, das wir noch nicht ausreichend ausschöpfen.

Statt immer wieder neue Strukturen zu schaffen, sollten wir stärker in das investieren, was bereits da ist, und dafür sorgen, dass diese Angebote ihre Arbeit auch wirklich gut machen können.

Dazu gehört für mich auch eine bessere Verzahnung von Familienzentren, Frühen Hilfen und Familienbildungsstätten. Mir ist wichtig, dass wir uns genau das noch einmal vor Augen halten.

Der Bericht zeigt, dass diese Zusammenarbeit vielerorts bereits gut funktioniert. Die Vernetzung im Sozialraum wird ausdrücklich als charakteristisches Merkmal der Familienzentren beschrieben.

Darauf sollten wir aufbauen. Gleichzeitig höre ich in meinen Gesprächen immer wieder, dass bei dieser Verzahnung noch mehr möglich wäre.

Eine Familie muss nicht wissen, wie unser Hilfesystem organisiert ist, um die richtige Hilfe zu bekommen.

Sie muss nicht wissen, wo das Familienzentrum aufhört, wo die Frühen Hilfen beginnen oder welches Angebot von einer Familienbildungsstätte getragen wird.

Das zu organisieren, ist unsere Aufgabe und eben auch Aufgabe der Landesregierung.

Deshalb sollten wir bei der Weiterentwicklung der Familienpolitik stärker von dem ausgehen, was bereits da ist: Strukturen verlässlich finanzieren, Fachkräfte stärken, Zusammenarbeit erleichtern und ihnen vor allem die Zeit geben, die sie für ihre Arbeit mit den Familien brauchen.

Denn am Ende sollte unser Maßstab nicht sein, wie viele neue Programme oder Strukturen wir geschaffen haben. Unser Maßstab muss sein, ob eine Familie, die Unterstützung braucht, diese Unterstützung auch erhält.

Der Bericht zeigt der Landesregierung ziemlich genau, wo Handlungsbedarf besteht. Beim nächsten Bericht möchte ich deshalb nicht nur lesen, dass diese Probleme bekannt sind, sondern auch, was sich für die Familienzentren konkret verbessert hat.